

<p>1.1.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Parole „Deutschland den Deutschen“ wird von Rechtsextremisten in Zusammenhang mit dem rassistischen Argument verwendet, dass Ausländer bei uns keine Daseinsberechtigung haben. Der Grundgedanke dieser Parole findet sich im Programm der NSDAP von 1920: Forderung nach Fremdengesetzgebung für Nicht-Deutsche, Bevorzugung von Deutschen.</li> <li>- Parole „Arbeit – zuerst für Deutsche“ unterstellt den Zusammenhang, dass es keine arbeitslosen Deutschen gäbe, wenn die Ausländer ihnen nicht die Arbeit wegnehmen würden. Dieses Argument findet sich bei Populisten wie bei Extremisten.</li> </ul> <p>(S. 142, 156 ff.) Hilfen zur Beantwortung der Aufgabe finden sich auch in <b>M2</b>.</p>	<p>4 P.</p>										
<p>1.2.</p>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 50%; padding: 5px;"><b>Extremismus</b></th> <th style="width: 50%; padding: 5px;"><b>Populismus</b></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="padding: 5px;"> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ablehnung der Demokratie, Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung</li> </ul> </td> <td style="padding: 5px;"> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratie wird nicht als solche in Frage gestellt</li> </ul> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsextremismus: Politiker werden als Volksverräter bezeichnet, die den Schaden des Volkes im Sinn haben</li> </ul> </td> <td style="padding: 5px;"> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtspopulismus: Politiker und Parteien werden als elitär und unfähig kritisiert. Sie setzen die Demokratie schlecht um und vertreten nicht den wahren Volkswillen</li> </ul> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsextremismus: Rassische Überlegenheit der eigenen Nation</li> </ul> </td> <td style="padding: 5px;"> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtspopulismus: Besonderer Wert der eigenen Nation, Abwertung von Ausländern</li> </ul> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele</li> </ul> </td> <td style="padding: 5px;"> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kein Einsatz von Gewalt (S. 156 ff.)</li> </ul> </td> </tr> </tbody> </table> <p>Zuordnung der Aussagen des Flyers:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• „Deutschland den Deutschen“ widerspricht den Grundrechten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (1. Merkmal). Die Aussage fußt außerdem auf dem Argument einer rassistischen Überlegenheit der Deutschen (3. Merkmal – vgl. Lösung zu 1.1).</li> <li>• „Arbeit – zuerst für Deutsche“ ist für sich genommen nicht eindeutig extremistisch. Hinweis: Das Recht auf Arbeit (Art. 12 GG) gilt nur für Deutsche und für Bürger von EU-Staaten („Freizügigkeit“), nicht für andere Ausländer (im Buch erst in Kap. 6, S. 175, <b>M2</b>; Kap. 7, S. 197, <b>M1</b>).</li> </ul>	<b>Extremismus</b>	<b>Populismus</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ablehnung der Demokratie, Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratie wird nicht als solche in Frage gestellt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsextremismus: Politiker werden als Volksverräter bezeichnet, die den Schaden des Volkes im Sinn haben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtspopulismus: Politiker und Parteien werden als elitär und unfähig kritisiert. Sie setzen die Demokratie schlecht um und vertreten nicht den wahren Volkswillen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsextremismus: Rassische Überlegenheit der eigenen Nation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtspopulismus: Besonderer Wert der eigenen Nation, Abwertung von Ausländern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kein Einsatz von Gewalt (S. 156 ff.)</li> </ul>	<p>6 P.</p>
<b>Extremismus</b>	<b>Populismus</b>											
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ablehnung der Demokratie, Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratie wird nicht als solche in Frage gestellt</li> </ul>											
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsextremismus: Politiker werden als Volksverräter bezeichnet, die den Schaden des Volkes im Sinn haben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtspopulismus: Politiker und Parteien werden als elitär und unfähig kritisiert. Sie setzen die Demokratie schlecht um und vertreten nicht den wahren Volkswillen</li> </ul>											
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsextremismus: Rassische Überlegenheit der eigenen Nation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtspopulismus: Besonderer Wert der eigenen Nation, Abwertung von Ausländern</li> </ul>											
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kein Einsatz von Gewalt (S. 156 ff.)</li> </ul>											
<p>2.1.</p>	<p>Migrationshintergrund: Personen, die nach 1949 nach Deutschland eingewandert sind und deren Nachkommen, außerdem Kinder mit einem ausländischen Elternteil – unabhängig von der Staatsangehörigkeit. (S. 50)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Menschen mit Migrationshintergrund sind etwa im gleichen Umfang erwerbstätig wie Menschen ohne Migrationshintergrund: 22,5% der Bevölkerung, 20,8% der Erwerbstätigen. Rein quantitativ kann nicht alle Arbeit in Deutschland von Deutschen übernommen werden – auch unter Einbezug der Arbeitslosen nicht.</li> <li>• Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist v.a. in den weniger attraktiven Bereichen hoch: Handel, Gastgewerbe, Verkehr, d. h. Berufen mit vielen schlecht bezahlten Jobs und vielen freien Stellen (Extrembeispiel: Gastgewerbe). Überdurchschnittlich ist auch der Anteil im produzierenden Gewerbe / Bau, wo z.T. körperlich anstrengende Arbeit geleistet wird. Niedrig ist der Anteil in der öffentlichen Verwaltung und in der Landwirtschaft.</li> </ul> <p>2.2.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verpflichtende Sprachkurse für alle Einwanderer nach der Ankunft in Deutschland, unabhängig vom Alter – abhängig vom Sprachniveau. Verpflichtende Deutschprüfung.</li> <li>• Ausbau des Zweiten Bildungswegs: Möglichkeit für Erwachsene, Schulabschlüsse nachzuholen.</li> <li>• Verpflichtende Integrationskurse: Rechtssystem, politisches System, Verfassung, Bildungswesen, Rechte und Pflichten gegenüber der Verwaltung u. A.</li> <li>• Klare rechtliche Regelungen für die Religion von Minderheiten: Ausübung am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit, in Schulen usw.</li> <li>• Einbindung von Migranten der zweiten Generation als ehrenamtliche Begleiter für Neuankömmlinge.</li> <li>• Stärkung der Ausländerbeiräte auf kommunaler Ebene.</li> <li>• Ausweitung des Ausländerwahlrechts. (S. 50 f.)</li> </ul>	<p>5 P.</p> <p>6 P.</p>										

<p>3.1.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Garantie der Grundrechte: Gleiche Rechte für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Religion, politischer Einstellung. Diese Rechte müssen von den anderen Bürgern und vom Staat beachtet werden und sind klagbares Recht.</li> <li>• Allgemeine und freie Wahlen: Alle Staatsbürger bestimmen in regelmäßigen Wahlen, wer sie regieren soll (Volkssouveränität). Wahlgrundsätze: allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl.</li> <li>• Gewaltenteilung: Die Macht im Staat ist auf mehrere Personen und Institutionen verteilt, die sich gegenseitig kontrollieren. Gesetze (= beschlossen durch die gesetzgebende Gewalt) binden nicht nur die Bürger, sondern auch die Regierung (= ausführende Gewalt): Rechtsstaat. Über die Einhaltung der Gesetze wachen die Gerichte (= richterliche Gewalt).</li> <li>• Mehrheitsprinzip: Gesetze kommen nur durch Mehrheiten zustande. Die Minderheit muss Mehrheitsentscheidungen anerkennen, aber die Mehrheit muss die Interessen der Minderheit anerkennen (Minderheitenschutz): Grundsatz des Pluralismus. (S. 115, 126 ff., 132 f.)</li> </ul> <p>3.2. Die Verfassungsfeindlichkeit der NPD wird bestätigt (Z. 6-8). Sie reicht aber für ein Verbot nicht aus, weil die Partei zu schwach ist, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu gefährden (Z. 4-6, 10-12). Ein Parteiverbot ist erst möglich, wenn eine verfassungsfeindliche Partei "irgendwo die Mehrheit erreichen oder an die Regierung kommen könnte" (Z. 23 f.).</p>	<p>6 P.</p> <p>3 P.</p>
<p>Erreichbar</p>	<p>30 P.</p>